

23. März 2016

Postulat

von Shaibal Roy (glp)
und Guido Hüni (glp)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Kasernenareal von der Stadt Zürich im Rahmen eines Verkaufs oder im Baurecht erworben werden kann. Dabei sollen die zu erwartenden Sanierungskosten für die Umnutzung in die Berechnung des Kaufpreises oder des Baurechtzinses einbezogen werden.

Begründung:

Die Volksabstimmung zur Aufhebung des Gesetzes für ein Polizei- und Justizzentrum vom 4.9.2011 konnte unter anderem damit gewonnen werden, weil den Stadtzürcherinnen und Stadtzürchern das gesamte Kasernenareal zur Nutzung versprochen wurde. Gemäss heutigem Stand können einerseits nicht wie versprochen alle Behörden am neuen PJZ zusammengezogen werden und andererseits sollen sowohl die Polizeikaserne wie auch die oberen Stockwerke der Kaserne weiterhin durch Direktionen des Kanton Zürichs genutzt werden.

Es darf nicht sein, dass obrigkeitliche Nutzungen wiederum den Vorzug vor den Interessen der Stadtbevölkerung erhalten. Zusammen mit dem Postulat KR Nr.109/2016, das am 21.3.2016 von Cyrill von Planta, Andreas Hauri und Daniel Haeuptli (glp) im Zürcher Kantonsrat eingereicht wurde, fordern wir eine Übergabe des Areals an die Stadt Zürich. Ein entsprechendes Vorgehen wurde beim Entwurf des Masterplans bereits skizziert. Die Stadt Zürich hat mit der Entwicklung von Zürich Nord und Zürich West in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie es versteht den urbanen Raum sinnvoll zu gestalten und ist für diese Aufgabe besser geeignet.



